

Vorlage Nr.: GBIII/902/2024  
Status: öffentlich  
Geschäftsbereich: GB III Finanzverwaltung  
Datum: 07.04.2024  
Verfasser: Gschlößl Monika

---

### **Verweisung der Jahresrechnung 2023 zur örtlichen Prüfung**

---

Beratungsfolge:  
Datum                      Gremium  
16.05.2024              Stadtrat

---

#### **I. SACHVORTRAG:**

Die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben erhöhten sich bei der Jahresrechnung gegenüber dem Haushaltsplan um 10.185.194,41 €, das sind ca. 7,2 %.

Die **Einnahmen des Verwaltungshaushalts** waren um 3.437.283,22 € höher als veranschlagt (ca. 3,63 %). Ursache waren Steuermehreinnahmen von ca. 947 T€. Davon entfielen auf die Einkommensteuerbeteiligung ca. 558 T€ und der Umsatzsteuerbeteiligung ca. 492 T€. Für die Gewerbesteuer konnten ca. 225 T€ weniger verbucht werden, wie geplant. Für die sonstigen allgemeinen Zuweisungen wurden ca. 121 T€ mehr eingenommen wie veranschlagt. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb waren ca. 791 T€ höher als geplant. Hierbei beliefen sich die Einnahmen (und Ausgaben) aus der Verrechnung von Bauhofleistungen um ca. 391 T€ höher als veranschlagt (davon ca. 105 T€ wegen Kinderspielplätzen und 103 T€ wegen Gewässerunterhalt). Die Ansätze für die Zuweisungen vom Bund und Land für beispielsweise der kindbezogenen Förderung übersteigen um ca. 168 T€ den Haushaltsansatz. Die Mehreinnahmen bei den sonstigen Finanzeinnahmen betrugen ca. 1,7 Mio. €. Davon entfielen ca. 1,3 Mio. € auf den Budgetübertrag und ca. 128 T€ auf Konzessionsabgaben. Bei den Zinseinnahmen wurde ca. 300 T€ mehr eingenommen als veranschlagt.

Die **Ausgaben des Verwaltungshaushalts** (ohne Zuführung an den Vermögenshaushalt) lagen insgesamt um ca. 4,08 Mio. € unter dem Ansatz. Die Personalkosten lagen um ca. 700 T€ (ca. 4,4 %) unter dem Ansatz. Für den Gebäude- und Grundstücksunterhalt (ohne Bauhofleistungen) wurden ca. 1,92 Mio. € weniger ausgegeben als geplant. Für die Bewirtschaftung der städtischen Grundstücke und Gebäude ca. 1,33 Mio. € weniger Ausgaben verzeichnet werden als geplant. An laufenden Zuschüssen und Zuweisungen wurden ca. 648 T€ weniger ausgegeben als veranschlagt. Für Ausgaben für Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen konnten ca. 366 T€ weniger Kosten verzeichnet werden als geplant. Für die sonstigen Verwaltungs- und Betriebsausgaben wurden 788 T€ und den sonstigen Geschäftsausgaben ca. 594 T€ weniger benötigt als veranschlagt. Zudem musste ca. 788 T€ mehr an Gewerbesteuerumlage gezahlt werden.

Nach der KommHV sind die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die **Zuführung** muss mindestens so hoch sein, dass damit Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung gedeckt werden. Nach dem Haushaltsplan war eine Zuführung von 7.938.400 € vorgesehen (ohne Zuführung zur Sonderrücklage U-Bahn). Zufgeführt wurden tatsächlich 15.452.495,78 €, das sind ca. 7,51 Mio. € mehr als geplant. Die Pflichtzuführung hätte 428 T€ betragen und wurde somit deutlich überschritten.

Die **Einnahmen** und Ausgaben des **Vermögenshaushalts** waren um 6.747.911,19 € höher als veranschlagt (ca. +14,41 %). Hauptursache ist die Überschreitung des Ansatzes bei der genannten Zuführung vom Verwaltungshaushalt von ca. 7,5 Mio. €. Ebenfalls wurden Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Anlagevermögen um ca. 292 T€ getätigt. Dagegen fielen die Investitionszuweisungen um 1,1 Mio. € geringer aus als veranschlagt.

Die **Ausgaben des Vermögenshaushalts** (ohne Rücklagenzuführung) reduzieren sich unter Einbeziehung der Haushaltsausgabereste um ca. 8,4 Mio. € gegenüber den Ansätzen. Davon resultieren ca. 3,8 Mio. € aus dem Vermögenserwerb sowie ca. 4,5 Mio. € aus Hochbau- und Tiefbaumaßnahmen (teilweise 2024 neu veranschlagt).

Beim Jahresabschluss 2023 wurden **Haushaltseinnahmereste** in Höhe von 214.902,41 € sowie **Haushaltsausgabereste** in Höhe von 12.118.631,60 € neu gebildet und alte Haushaltseinnahmereste in Höhe von 0,00 € sowie Haushaltsausgabereste in Höhe von 4.130.719,29 € in Abgang gebracht. Eine Übersicht aller 2023 neu gebildeten Haushaltsreste ist in der Anlage 2 beigelegt.

Es war im Jahr 2023 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von 1.200.000 € für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen geplant, die im vollen Umfang getätigt wurde.

Im Haushaltsplan 2023 war eine **Rücklagenzuführung** in Höhe von 8.146.200 € geplant. Tatsächlich konnten 23.316.400,83 € der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die Sonderrücklage U-Bahn 2. Bauabschnitt als auch die Sonderrücklage U-Bahn 1. Bauabschnitt wurde durch den Verkauf aufgelöst und dem neuen Besitzer der U-Bahnteilstrecken zugeführt. Am 31.12.2023 betrug der Rücklagenstand 87.146.645,28 €.

## **II. BESCHLUSS:**

Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2023 zur Kenntnis, verweist sie an den Rechnungsprüfungsausschuss zur örtlichen Prüfung. Die neuen Haushaltseinnahmereste in Höhe von 214.902,41 € als auch die neu gebildeten Haushaltsausgabereste in Höhe von 12.118.631,60 € werden zur Kenntnis genommen.

## **III. VERTEILER:**

BESCHLUSSVORLAGE:

- als Tischvorlage

☐

ANLAGE(N):

- als Tischvorlage

☐

Anlagen:

Anlage 1: Feststellung des Ergebnisses 2023

Anlage 2: Haushaltsresteliste 2023